

Medienmitteilung

Vernehmlassung «Fonds zur Finanzierung von strategischen Investitionsvorhaben»

Berner KMU sagt NEIN zum Investitionsfonds

Der Gewerbeverband Berner KMU lehnt das vorgeschlagene Gesetz ab. Er stellt sich damit ausdrücklich nicht gegen die geplanten Investitionen. Berner KMU ist aber ganz klar der Meinung, dass mit diesem Vorgehen die Schuldenbremse umgangen und die langfristige und nachhaltige Gesundung der kantonalen Finanzen gefährdet wird.

Der Leitende Ausschuss des Gewerbeverbands Berner KMU hat an seiner Sitzung im Januar 2019 mit deutlicher Mehrheit entschieden, das vorgeschlagene Gesetz abzulehnen. Er ist sich bewusst, dass in den kommenden Jahren ausserordentlich viele und für die Weiterentwicklung des Kantons, wichtige Investitionsvorhaben anstehen, welche ab dem Jahr 2022 zu einem stark ansteigenden Investitionsbedarf führen werden. Berner KMU stellt die geplanten Investitionen - von der fast immer auch die KMU-Wirtschaft profitiert – auch nicht in Frage.

Neben der Umgehung der Schuldenbremse und der Gefährdung der Kantonsfinanzen sprechen aber trotzdem vier weitere Gründe gegen die vorgeschlagene Fondslösung. Für Berner KMU müssen die geplanten Investitionen entweder priorisiert und gestaffelt oder durch eine langfristige Instandstellung von bestehenden Bauten hinausgezögert werden. Für zwingend notwendige Investitionen ist vermehrt die Option eines PPP Projektes in die Planung einzubeziehen. Berner KMU ist der festen Überzeugung, dass nach einem Abbau der Schulden auf unter 12 Prozent des Volkseinkommens der finanzielle Handlungsfreiraum auf die sinnvollste Art wiederhergestellt werden kann. Last but not least kann der Grosse Rat bereits heute ohne den vorgeschlagenen Fonds mit einer 4/5 Mehrheit für unbestrittene und allseitig anerkannte Investitionen die Schranken der Schuldenbremse überwinden.

Für zusätzliche Auskünfte:

Christoph Erb, Direktor Berner KMU, 079 215 34 66

07. Februar 2019